

**Wahlprogramm der**  
**PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ**  
**- Tierschutzpartei -**  
**zur Niedersächsischen Landtagswahl**  
**am 9. Oktober 2022**





## Präambel

### **Tierrechte – und noch sehr viel mehr**

Wenn es um das Wohlergehen von Tieren geht, schließen wir keine Kompromisse. Die sofortige Beendigung von Tiertransporten, das Abstellen grausamer Schlachtungen, ein Verbot von Qualzuchtungen, das Ersetzen aller Tierversuche durch tierversuchsfreie Forschung und ein zügiger Ausstieg aus der Massentierhaltung – all das gehört zu unseren Kernforderungen.

Und doch sind wir *nichts weniger als eine Ein-Themen-Partei*. In unserer fast dreißigjährigen Parteigeschichte haben wir uns eine breite Kompetenz in allen Politikbereichen angeeignet und setzen uns ein *für eine sozial-ökologische, pazifistische, basisdemokratische und weltoffene Politik* – angetrieben von einem Ethos des Mitgefühls.

Wir wünschen uns ein Niedersachsen, in dem Menschen offen und solidarisch miteinander agieren, in dem Diskriminierung keinen Platz hat, in dem das Wohl der Tiere hochgehalten wird und in dem wir uns gemeinsam für den Erhalt der Natur und eine effektive Energiewende starkmachen. Kurz: Wir wünschen uns ein Niedersachsen, in dem es sich gut leben lässt. Für alle! Jetzt und in Zukunft!

Unsere Wahlergebnisse lagen bei den letzten Wahlen und Umfragen oft über 2 oder sogar über 3 % - ein Einzug in den Landtag ist möglich! Aber die Erfahrung hat gelehrt: Nur die (grüne) Farbe und schöne Worte bringen noch lange keine Veränderung. Es braucht den Mut, unbequem zu sein. Diesen Mut haben wir, denn nicht umsonst sind wir die Partei der Mutigen,

die PARTEI **MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ**

# MENSCH

## **Lebensqualität in Niedersachsen durch bezahlbares Wohnen**

In vielen Städten Niedersachsens besteht hoher Bedarf an individuellem Wohnraum. Dieser muss erschwinglich bleiben. In Hinsicht auf eine wünschenswerte soziale Durchmischung wollen wir Mieten im *sozialen Wohnungsbau auf einem erschwinglichen Niveau halten*.

Die Wohnbauförderung des Landes besteht bisher aus der Gewährung zinsfreier Darlehen. Vor dem Hintergrund niedriger Zinsen ist ein solches Förderprogramm für Investoren kaum noch attraktiv. Um weiterhin Mietpreisbindungen zu ermöglichen, muss das Programm neu ausgerichtet werden.

Wir machen uns dafür stark, klimagerechtes und soziales Bauen zusammenzubringen. *Der Flächenverbrauch ist unbedingt zu reduzieren*. Gleichzeitig sollen mehr grüne Oasen geschaffen werden, die der Erholung und dem sozialen Austausch dienen. Spielplätze, Bolz- und Skateplätze sind bei der Bauplanung ebenso zu berücksichtigen wie gute Versorgungsstrukturen mit fußläufiger Erreichbarkeit.

*Urban Gardening*, also die gärtnerische Nutzung städtischer Flächen, soll durch das Land Niedersachsen vorangetrieben werden, da dieses Konzept gleich mehrere positive soziale und ökologische Aspekte vereint.

Außerdem fordern wir ein *tierunterstützendes Gestalten* ("Animal Aided Design") urbaner Räume. Das bedeutet, dass das Lebensverhalten von (Wild-) Tieren bei der Städteplanung zu berücksichtigen ist. Auch Auslaufmöglichkeiten für Haustiere sollen in städtebauliche Konzepte einbezogen werden.

## **Ein würdiges Leben – auch im hohen Alter**

Unser Ziel ist es, Menschen ein *eigenständiges und selbstbestimmtes Leben* bis ins hohe Alter zu ermöglichen – ausgerichtet an ihren individuellen Bedürfnissen und Wünschen. Hierzu müssen mehrere Konzepte ineinandergreifen: vom Mehrgenerationenhaus über gut ausgebaute ambulante Pflegestrukturen, die ohne Fallpauschalen auskommen, bis zu Public Health-Angeboten. Hausgemeinschaften mit ergänzender Pflege sehen wir als wichtige Alternative zum Großheim.

Der Eigenanteil der Pflegekosten – ambulant wie stationär – muss gedeckelt werden, denn auch ältere Menschen möchten sich noch etwas gönnen. Und ganz

bestimmt möchten sie nicht das Gefühl haben, eine Belastung für ihre Familie zu sein.

Es gilt, auch ältere Menschen in die sozialen Strukturen einzubinden, denn sie sind mit ihrer Lebenserfahrung unverzichtbar für die Funktionalität unserer Gesellschaft. Kommunen sollten daher bei allen Angeboten diese Gruppe im Blick haben. Barrierefreiheit ist dabei natürlich unabdingbar.

### **Gesundheitsfürsorge und Krankenversorgung – unabhängig von Portemonnaie oder Wohnort**

Die beste Gesundheitsprävention ist durch *saubere Atemluft, Trinkwasser von hoher Qualität und gute vegane Ernährung* zu erreichen. Für erstere kann der Staat im Rahmen seiner Verkehrs- und Energiepolitik einiges bewirken, für letztere kann und muss noch viel mehr getan werden. Die Lebensmittelampel ist leider ein wenig taugliches Konzept – bessere Ideen warten auf ihre Umsetzung. Durch gezielten Einsatz der Mehrwertsteuer sind biologische, tierleidfreie, vitaminreiche Produkte zu begünstigen, während Fleisch und Milcherzeugnisse sowie gesundheitlich bedenkliche Produkte wie Energydrinks mindestens mit dem vollen oder sogar mit einem erhöhten Satz zu belegen sind.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Impfangebote weitgehend angenommen werden, wenn sie mit entsprechender Aufklärung verbunden sind und wenn es Alternativen zum Hausarztbesuch gibt. Diese Erfahrung sollten wir auch für andere wichtige Impfarten nutzen.

Krankenhäuser sollen nicht den Profit, sondern das Wohl der Kranken im Blick haben. Daher gilt es, keine weiteren öffentlich geführten Einrichtungen mehr in private Hand zu überführen. Außerdem haben sich alle Krankenhäuser einem strengeren Evaluierungsprozess zu unterziehen.

Im ländlichen Räumen muss die Dichte an Arztpraxen unbedingt erhöht werden. In Niedersachsen wurde 2021 die *Landarztquote* eingeführt – die Vergabe von Studienplätzen abhängig von der Verpflichtung, für eine gewisse Zeit als Landarzt tätig zu sein. Wir erachten diese Einführung als sinnvoll und möchten sie weiter vorantreiben.

Das moderne Leben ruft häufiger psychische Erkrankungen hervor. Therapieplätze sind jedoch noch immer rar. Es muss dringend ein besserer Zugang zu therapeutischen Angeboten gewährleistet werden.

Für Geflüchtete, Obdachlose und Menschen ohne Papiere ist eine *medizinische Grundversorgung* sicherzustellen. Auch die mobilen ärztlichen und zahnärztlichen Angebote gilt es auszubauen.

### **Inklusion fördern – für ein diskriminierungsfreies Niedersachsen**

Uns ist es ein besonders wichtiges Anliegen, Menschen mit Behinderung eine uneingeschränkte *Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten* zu ermöglichen und *Chancengleichheit im Bildungssystem* zu gewährleisten. Eine inklusive Gesellschaft begegnet Menschen mit Behinderung immer mit Wertschätzung und begreift ihre Talente, Fähigkeiten und Ansichten als ‚Mehrwert‘ für das soziale Miteinander.

Das Verständnis von Inklusion reicht allerdings über die Integration von Menschen mit und ohne Behinderung hinaus. Sie umfasst alle Dimensionen von Verschiedenheit, also auch Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Kultur, Nationalität, Religion, Sprache.

Ein wesentlicher Bereich des gesellschaftlichen Lebens ist die *Teilhabe am Arbeitsleben*. Hier ist der obligatorische Hinweis in Stellenausschreibungen nicht ausreichend – es bedarf einer echten Bereitschaft, sich auf Andersartigkeit einzulassen.

Alle gesellschaftlichen Akteure – Gesetzgeber, Behörden, Verbände, Vereine, Parteien, Einrichtungen, Arbeitgeber, Angehörige und auch Menschen mit Behinderung selbst – tragen eine Verantwortung für den Wandel hin zu einer inklusiven, sozialen und solidarischen Lebenswelt. Dabei gilt das Ziel, jedem Menschen – mit oder ohne Behinderung – ein hohes Maß an Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen und der Niedersächsische Inklusionsrat von Menschen mit Behinderungen sind in ihrer Arbeit vollumfänglich zu unterstützen. Das Ziel muss sein, die noch bestehenden Barrieren soweit wie möglich abzubauen und die Aufklärungsarbeit weiter zu intensivieren – denn: *Inklusion beginnt im Kopf!*

### **Sinnvolle Konzepte gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit**

Das effektivste Konzept gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist, es gar nicht erst soweit kommen zu lassen. Zwangsräumungen, die zu einer Wohnungslosigkeit führen, darf es nicht mehr geben. Dazu müssen die kostenfreien Bera-

tungsangebote für Mieter und für Schuldner ausgebaut, die Unterstützungen in existentiellen Notlagen erweitert werden.

Wir favorisieren einen *Housing-First-Ansatz*, denn die unmittelbare Bereitstellung von Wohnraum gibt obdachlosen Menschen das Gefühl der eigenen Würde zurück und verhindert weitere Verelendung. Insbesondere für Familien besteht sofortiger Handlungsbedarf durch einen landesweiten Aktionsplan.

Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass Obdachlosigkeit wohl nie zur Gänze zu beseitigen ist. Hier gilt es auf Ebene der Kommunen mit kreativen Konzepten aufzuwarten wie der *Ulmer Schlafkapsel* und *mobilen medizinischen sowie sozialtherapeutischen Angeboten*. Das Land soll hier beratend und unterstützend tätig sein.

Vor allem Frauen müssen dringend vor sexueller Ausbeutung und Gewalt geschützt werden, die sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren.

### **Verkehrswende – umweltfreundlich, günstig und flexibel unterwegs in Niedersachsen**

*Öffentlicher Nahverkehr* bedeutet umweltfreundliche Mobilität in Niedersachsen. Um den Anteil der Nutzer deutlich zu erhöhen, muss er flexibel, barrierefrei und bezahlbar gestaltet sein. In vielen ländlichen Regionen besteht noch deutlicher Nachholbedarf. Wir streben eine Erreichbarkeit aller Orte in Niedersachsen zwischen 05.30 und 22.00 Uhr werktags und zwischen 07.00 und 24.00 Uhr am Wochenende an. Dort, wo der reguläre Netzausbau nicht lohnend erscheint, müssen *On-Demand-Konzepte* greifen. Es gilt, entsprechende Pilotprojekte zu verlängern und auf andere Regionen zu übertragen.

Noch immer sind gerade im Nahverkehr die Beförderungsentgelte viel zu hoch. Daher begrüßen wir ausdrücklich das 9 Euro-Monatsticket und wünschen uns eine Verstetigung dieses zunächst auf drei Monate angelegten Projekts. Auch kostenfreie Nutzung des ÖPNV gilt es voranzutreiben.

Busse sollen landesweit emissionsfrei werden. Sukzessive müssen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor durch elektrisch angetriebene ersetzt werden.

Fahrradfahrer haben es noch immer schwer – in manchen Städten und erst recht auf dem Land. Es kann nicht sein, dass eine Tour mit dem Fahrrad mit einem Risiko für das eigene Leben verbunden ist, weil Rad und Auto auf derselben Straße fahren müssen. Der *Ausbau von Fahrradwegen* ist daher viel stärker

als bisher voranzutreiben.

Die Zukunft verlangt von uns weitere Flexibilisierung. Die meisten Verkehrsteilnehmer werden auf unterschiedliche Mobilitätsangebote zurückgreifen (müssen). Daher sind *Sharing-Angebote* für Autos, Fahr- und Lastenräder unbedingt zu unterstützen.

Weiterhin gilt, dass 1. viel zu viele Güter transportiert werden und 2. die allermeisten Güter auf der Straße bewegt werden anstatt auf Schiene und Wasserstraßen. Das Land Niedersachsen soll alles daransetzen, endlich eine Wende voranzutreiben. Autobahnen müssen für den Lastverkehr verteuert, Schiene und Wasser vergünstigt werden. Nur so sind saubere Luft, wenig Verkehrslärm und ein stressfreies Fortkommen zu realisieren.

### **Ein zeitgemäßes Bildungssystem für jeden!**

Kindern möglichst früh eine Förderung zuteilwerden zu lassen, die an ihre individuellen Fähigkeiten und Wünsche anknüpft, dabei ihrem Spiel- und Bewegungstrieb gerecht zu werden und ihnen Begegnungen mit der Natur zu ermöglichen, sollten die übergreifenden Ziele aller Kita-Konzepte sein. Dies ist nur dann zu gewährleisten, wenn auch genügend Personal zur Verfügung steht und unabhängige Evaluierungen vorgenommen werden.

Der Eintritt in die Schule darf sich nicht als biografischer Bruch darstellen. Es gilt, Kinder behutsam an die Herausforderungen einer leider sehr leistungsorientierten Gesellschaft heranzuführen, gleichzeitig stets zu vermitteln, dass sich der Wert eines Menschen in seiner Individualität und nicht in seiner Leistung bemisst. Wenn schulische Herausforderungen nicht als Druck erlebt werden und Lernen intrinsisch motiviert wird, gestaltet sich nicht nur der Schulalltag für Schüler und Lehrer angenehmer, sondern die Erfolge werden sich auch besser verstetigen. Dabei ist es wichtig, die individuelle Vorprägung und das Sozialverhalten von Kindern und Jugendlichen im Blick zu haben. Wir fordern daher einen schnelleren *Ausbau der Schulsozialarbeit*, damit Schwachstellen im sozialen Gefüge einer Klasse erkannt und beseitigt werden und damit das Lernklima für alle verbessert werden kann.

Jeglicher sexuellen Diskriminierung muss entschieden entgegengewirkt werden. Dazu ist es unabdingbar, dass ein *diskriminierungsfreier Sexualkundeunterricht* angeboten wird. Das Lehrpersonal ist entsprechend zu qualifizieren.



Wir fordern zudem, dass im Lehrplan *mehr Gewicht auf die Themen Umwelt und Klima, Tierrechte und Antirassismus* gelegt wird. Das Fach Ethik soll durchgängiger Bestandteil des Lehrplans werden, und die Inhalte haben sich an den relevanten gesellschaftlichen Diskursen zu orientieren.

Wir wünschen uns deutlich *mehr inklusive Schulen*, ohne dass wir damit die Förderschulen ersetzen wollen. Die Formel sollte vielmehr lauten: Soviel Inklusion wie möglich, so viele Förderschulen wie nötig! Wir sind uns bewusst, dass Inklusion eine große Herausforderung darstellt, die Zeit und Beharrlichkeit erfordert. Das Land muss mehr Anstrengungen unternehmen, um gut ausgebildetes Lehrpersonal und psychologisch geschulte Schulbegleiter:innen zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt sind die Zugangsmöglichkeiten zum Lehramt weiter zu flexibilisieren, um den großen Bedarf an Lehrpersonal zu decken. *Quereinstiege* insbesondere für Inhaber:innen von Bachelorgraden sollten erleichtert werden.

Wir treten ein für eine Verschiebung des morgendlichen Unterrichtsbeginns um eine Stunde, womit wir das schulische Leben an die moderne Arbeitswelt anpassen wollen. Diese Verschiebung ist auch nachweislich besser für den Lernerfolg der Schüler.

Bildung hört mit dem ‚Erwachsensein‘ nicht auf. Alle Menschen sollten die Chance haben, sich in jeder Phase ihres Lebens weiterzubilden, Schulabschlüsse nachzuholen, ein Studium zu beginnen. Hochschulen sollen – jenseits ihrer Kernaktivitäten – ihre Angebote noch stärker auf die sozialen und kulturellen Bedarfe der Gesellschaft ausrichten. Der Wissenstransfer soll sich nicht ausschließlich an die akademische Community wenden, sondern auch in die Breite der Gesellschaft gehen. Ein ausformuliertes universitäres Leitbild, das das gesellschaftliche Engagement integriert, ist dabei hilfreich und sollte zum Standard niedersächsischer Hochschulen werden. Daneben sind die Volkshochschulen als die wohl wichtigste Säule der Erwachsenenbildung in ihren Qualitätsstandards und in ihrer Angebotspalette kontinuierlich zu verbessern. Es ist uns ein großes Anliegen, den europäischen Gedanken, aber auch die Idee des Kosmopolitismus in der Bevölkerung zu stärken. Wir wünschen uns mehr *interkulturellen Austausch* – sei es in Form von projektbezogener Zusammenarbeit, sei es in der verstetigten Form als Städte- oder Schulpartnerschaften. Hier muss das Land großzügig unterstützen, denn die Zukunft meistern wir nur im Miteinander!

## **Kultur für alle – gesellschaftliches Leben erfahrbar machen**

Niedersachsen hat eine reichhaltige kulturelle Tradition, die es zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt: Theater und Konzerthäuser, Museen, Denkmäler, Galerien, Bibliotheken, Clubs – das alles macht die unschätzbare Vielfalt unseres kulturellen Lebens aus. Wir treten dafür ein, dass insbesondere eine Kultur *jenseits von Eventisierung und Kommerzialisierung* in den Genuss öffentlicher Förderung kommt. Eine Kultur, die neue, wichtige Fragen aufwirft oder alte Fragen in neuer Weise stellt. Eine Kultur, die Beiträge liefert zum öffentlichen Diskurs. Eine Kultur, die Respekt vor der Natur, vor Menschen und vor Tieren lehrt. Durch eine faire Mischung aus institutioneller und projektbezogener Förderung soll das Land in transparenter und verlässlicher Weise Einfluss nehmen. Dabei verdienen nach unserer Überzeugung partizipativ ausgelegte Formate eine besondere Aufmerksamkeit, denn hier kann gesellschaftliches Engagement aktiv erprobt und gelernt werden. Die Zugänglichkeit zu kulturellen Einrichtungen muss für alle sozialen Gruppen gewährleistet sein. Bei öffentlichen oder öffentlich geförderten Einrichtungen sind Sozialtickets auszugeben und / oder es sind Tage einzurichten, an denen der Eintritt kostenfrei ermöglicht wird.

Vermittlungsangebote sind in allen kulturellen Segmenten zu unterstützen, und zwar vornehmlich solche, die sich an Gruppen richten, die nicht zu den klassischen Kulturkonsumenten zählen.

Bei der Förderung von Kultur muss der Blick immer zugleich auf die soziale Situation der Künstler:innen fallen. Wir fordern, die Kulturförderung an Honoraruntergrenzen zu binden. Außerdem muss der *Zugang zur Künstlersozialkasse* erleichtert und für weitere Berufsgruppen geöffnet werden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein wichtiger Baustein unserer pluralistischen Demokratie. Hier werden journalistische Standards gesetzt, hier wird Fake-News entgegengewirkt, hier werden aber auch Ansichten geäußert, die konträr zum Mainstream sind. Wir stehen zum NDR! Aber wir sagen auch: Der Bildungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss für alle Programme ernst genommen werden – niemals sollte die Quote im Vordergrund stehen. Eine weitere Ausuferung der Programmvielheit ist nicht sinnvoll. Vielmehr muss gelten: Klasse vor Masse!

Bundesweit treten wir dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Zukunft aus Steuermitteln finanziert wird.

### **Den Sport hochhalten**

Der organisierte Sport in Niedersachsen lebt von ehrenamtlicher Tätigkeit und ist damit ein wichtiger Bereich bürgerschaftlichen Engagements, den es zu unterstützen gilt. Sport bedeutet Vorsorge für die Gesundheit, Stärkung des Teamgeistes und nicht zuletzt Abbau von Vorurteilen. Wie heutzutage in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen ist auch im Sport das Thema *Nachhaltigkeit* ein vordringliches: Es gilt, Achtsamkeit gegenüber Tieren zu üben, einen schonenden Umgang mit der Natur zu pflegen und sparsam beim Energieverbrauch zu sein.

Wir machen uns dafür stark, dass das Land die Kommunen umfänglich beim Erhalt und beim ökologischen Umbau von Sportstätten unterstützt. In Niedersachsen sollen alle Menschen die Möglichkeit bekommen, ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechend Sport zu treiben.

Leider kommt es im Sport mitunter zu physischer, psychischer oder sexualisierter Gewalt. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende *Präventionsmaßnahmen* weiter ausgebaut werden und *unabhängige Anlaufstellen* bekannter gemacht werden.

Jeglicher Form von Sport, bei der Tiere involviert sind, stehen wir kritisch gegenüber. Sie sind allenfalls dann vertretbar, wenn das Wohl der Tiere im Vordergrund steht und ihnen keine Leistungen abverlangt werden, die nicht tiergerecht sind und zu Überforderung führen. Bedauerlicherweise ist das sowohl im Hunde- als auch im Pferde-, Sport' nur selten der Fall. Pferde werden zudem mit Trensen, Gerten und sogar mit Sporen drangsaliert. Zudem entspricht die übliche Boxenhaltung weder dem Bewegungsdrang der Tiere noch ihrem Bedürfnis nach Sozialkontakt.

Die Jagd ist nach unserer festen Überzeugung kein Sport, sondern eine grausame, archaische Betätigung, die wir ohne Wenn und Aber ablehnen.

## **Mehr Demokratie in Niedersachsen – Lobbyismus bekämpfen**

Demokratie ist immer in Bewegung. Ist sie es nicht, besteht die Gefahr der Erodierung. Deswegen fordern wir *soviel Teilhabe an der politischen Willensbildung wie möglich*. Nachdem in Niedersachsen das Wahlalter hoffentlich bald auf 16 herabgesetzt wird, möchten wir, dass eine weitere Herabstufung geprüft wird. Längst überfällig ist außerdem eine Abschaffung der 5%-Hürde. Sie steht wahrer Demokratie im Weg und verhindert allein in Niedersachsen die parlamentarische Vertretung mehrerer Hunderttausend Wähler:innen.

Die niedersächsische Verfassung kennt seit Mitte der 90er Jahre Instrumente direkter Demokratie. Bereits das Zulassungsquorum für ein *Volksbegehren* ist wie auch die notwendige Anzahl an Unterstützungsunterschriften für eine *Volksinitiative* nach unserer Auffassung deutlich zu hoch. So kam trotz vielfacher Versuche in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten bloß ein einziges Volksbegehren zustande. Hier besteht dringend Reformbedarf, damit diese Form demokratischer Beteiligung nicht bloß eine theoretische bleibt. Überdies wollen wir losbasierte *Bürgerräte* etablieren, die die Arbeit des niedersächsischen Landtags unterstützen. Vorrangig sollen Bürgerräte eingerichtet werden in den Bereichen Umwelt und Klima sowie Tierrechte.

Parlamentarier und Regierungsmitglieder sind notwendigerweise mit Lobbyisten konfrontiert. Im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern, verfügt Niedersachsen bisher über kein *Lobbyregister* für seine Abgeordneten. Ein solches ist dringend einzuführen, damit der Bürger die Einflussnahme von Lobbyisten nachvollziehen kann. Darüber hinaus fordern wir die Offenlegung von Nebenverdiensten der Abgeordneten durch Seminare und Vorträge. Die gleichzeitige Ausübung von Mandat und Tätigkeit in Vorständen oder Aufsichtsräten von Unternehmen soll verboten werden.

## **Vegane Ernährungsangebote in öffentlichen Einrichtungen**

Wir befürworten die vegane Ernährungsweise aus tierethischen Gründen einerseits und aus gesundheitlichen Gründen andererseits. Vergleichende Studien belegen, dass vegan lebende Menschen sich gesünder ernähren als Mischköstler. Daher ist in öffentlichen Einrichtungen wie Kantinen, Mensen, Altenheimen und Krankenhäusern verbindlich mindestens ein gesundes pflanzliches Gericht täglich anzubieten.

# UMWELT

## Klimaschutz und Förderung regenerativer Energien – das Nordseeklima nutzen

Niedersachsen soll bis 2050 klimaneutral werden. Und schon bis 2040 soll der Energiebedarf bilanziell über erneuerbare Energien gedeckt werden. Dieses Ziel ist ehrgeizig, aber sehr notwendig und erreichbar, denn *Niedersachsen* verfügt über ein hervorragendes Potenzial zur Erzeugung von Windenergie. Allerdings kommt es schon jetzt zu massiven Netzengpässen. Die bestehenden Verbundnetze müssen unbedingt durch den Ausbau der 380 kV-Hochspannungsleitungen erweitert werden. Es fehlen aber auch noch Speicherwerke. Dies ist die Achillesferse der Energiewende. Erst wenn wir über *praktikable Massenspeicher* verfügen, gelingt der vollständige Umstieg auf grüne Energie. In diesem Bereich bedarf es noch massiver Forschungsanstrengungen. Leider mangelt es in der Bevölkerung noch an Akzeptanz für weitere *Windkraftwerke*, aber auch für die regenerative Energiegewinnung am Privathaus. Es braucht weitere Aufklärungsarbeit und Förderkonzepte, um die notwendigen Fortschritte zu erzielen. *Fotovoltaik* und / oder *Solarthermik* sollten mittelfristig zum Standard auf unseren Gebäuden gehören.

Immer wieder wird darauf verwiesen, dass Tiere durch Windkraftanlagen ums Leben kommen. Auch wenn dies der Anzahl nach nur einen Bruchteil ausmacht von den Tieren, die etwa durch Individualverkehr sterben, sind es deutlich zu viel. Durch den Einsatz von *Warnsystemen* lassen sich Vögel und Fledermäuse aber nachweislich abschrecken. Zusätzlich wollen wir *Detektionssysteme* implementieren, die bei Vogelanzug ein kurzzeitiges Runterfahren der Anlage auslösen.

Noch besser als der Einsatz klimaschonender Energie ist selbstverständlich die Reduktion des Energieverbrauchs. Hier sehen wir im Bereich der *Wärmeisolierung* – insbesondere im Segment der Privathäuser – noch reichlich Potenzial. Und auch im alltäglichen Verhalten lässt sich noch manches an Energie sparen.

Längst überfällig erscheint uns ein *Tempolimit* von 120 km/h. Damit nämlich lässt sich nicht nur der Spritverbrauch deutlich reduzieren – auch die Unfallzahlen gehen nachweislich zurück.

## **Atomausstieg unumkehrbar machen**

Die Nutzung der Atomkraft zum Zwecke der Energiegewinnung stellt ein unkalkulierbares Risiko für Menschen, Tiere und Natur dar. Daher begrüßen wir, dass der Ausstieg endlich vollzogen wird. Das Atomkraftwerk Emsland in Lingen soll trotz der immer wieder laut gewordenen Forderung nach Laufzeitverlängerung Ende 2022 letztendlich abgeschaltet werden. Wir sagen, diese Entscheidung ist richtig und weisen zugleich darauf hin, dass uns die atomaren Gefahren noch über eine sehr lange Zeit begleiten werden. Die Suche nach einer sicheren Endlagerstätte für hochradioaktive Abfälle hält an. Angeblich weist beinahe die gesamte Fläche Niedersachsens günstige geologische Voraussetzungen auf. Allerdings schultert Niedersachsen mit dem Zwischenlager Gorleben und dem Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, Schacht Konrad bei Salzgitter, bereits ein großes Maß der Altlasten. Bis heute sind Uranfabriken in Deutschland vom Atomausstieg ausgeklammert. Zuvörderst betrifft dies die Atomanreicherungsanlage in Gronau. Wir fordern eine Stilllegung binnen Jahresfrist sowie ein grundsätzliches Im- und Exportverbot von angereichertem Uran.

Angesichts der durch den Ukraine-Krieg hochkochenden Debatte um die Sicherstellung unserer Energieversorgung wird unter Hinweis auf kleinere moderne Reaktoren ein Wiedereinstieg in die Atomkraft gefordert. Aus unserer Sicht sprechen sehr gewichtige Argumente dagegen: Der als hochmodern angepriesene Flüssigsalzreaktor wurde bereits vor mehr als 60 Jahren entwickelt, und die Korrosionsprobleme hat man noch immer nicht im Griff. Außerdem führt vom Flüssigsalzreaktor ein noch direkterer Weg zur Atomwaffe als bei herkömmlichen Reaktoren, denn das beim Betrieb von Flüssigsalzreaktoren entstandene Uran 233 kann beinahe eins zu eins für hocheffektive Kernwaffen verwendet werden. Allein das sollte Grund genug sein, die Nutzung dieser Technik abzulehnen.

Nicht nur durch technisches Versagen kann es zu einer Atomkatastrophe kommen – im Krisen- und Kriegsfall werden Atomkraftwerke und Atommülllager zu hochsensiblen Angriffszielen.

So wünschenswert emissionsarme Formen der Energiegewinnung sind – das Risikopotenzial von Atomkraft ist einfach zu hoch, um einen Wiedereinstieg in Erwägung zu ziehen.

## Biodiversität schützen – Lebensgrundlagen bewahren

Der Verlust der biologischen Vielfalt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch beschleunigt. *Flächeninanspruchnahme* ist dabei eine der Hauptursachen. Wir wollen dem Flächenfraß durch die bessere Nutzung bereits versiegelter Flächen entgegenwirken. Landwirtschaftliche Flächen sind so zu gestalten, dass sie gleichwohl Rückzugsmöglichkeiten für Pflanzen und Tiere bieten: Feldgehölze, Hecken, blütenreiche Wiesen, Streuobstwiesen sollen unter besonderen Schutz gestellt werden. Gewässerrandstreifen müssen Flüsse und Bäche vor einer Belastung durch Düngemittel und Pestizide schützen.

Eine weitere entscheidende Ursache für den Rückgang der Biodiversität ist die *Schadstoffbelastung*. Pestizide und Mineraldünger müssen daher erheblich reduziert werden. Der beste Weg dorthin ist der rasche Übergang zu einer bioveganen Landwirtschaft.

Bedrohungen für die Biodiversität gehen zudem von *invasiven Arten* aus. Sie können einheimische Arten verdrängen und letztlich ganze Ökosysteme verändern oder im schlimmsten Fall sogar zerstören. Es gilt, die Unionsliste der invasiven Tier- und Pflanzenarten strikt einzuhalten und gleichzeitig Sorge für die Nichtverbreitung der bereits hier lebenden Tiere zu tragen, ohne aber den Tieren Schaden zuzufügen. Für Waschbären wollen wir ein Kastrationsprogramm anstoßen. Selbstverständlich sollen Tierheime und Auffangstationen sich weiterhin um Tiere kümmern, die invasiven Arten angehören. Auch die Vermittlung muss möglich bleiben.

Besonders beängstigend, weil äußerst folgenreich, ist der Rückgang des *Insektenbestands*. Mit dem Aktionsprogramm Insektenvielfalt geht das Land Niedersachsen in die richtige Richtung, doch fordern wir mehr verbindliche Regelungen. Wir brauchen mehr blühende Pflanzen in der Landwirtschaft. Und wir brauchen mehr Grünflächen in unseren Städten. Nach unseren Vorstellungen muss das Land die Kommunen bei der Einrichtung und Pflege von Straßenbegleitgrünstreifen unterstützen. Außerdem sind – unter Beachtung der Nahrungsqualität – Konzepte des *Urban Gardening* und *Outdoor Farming* massiv zu fördern.

Biotope sind zu erhalten oder wiederherzustellen. Dies gilt in besonderem Maße für die Erhaltung und Renaturierung der einmaligen Moor- und Heideflächen in Niedersachsen. Moore bedecken wenig Fläche, speichern jedoch Un-

mengen an CO<sub>2</sub>. Der Torfabbau in noch weitgehend intakten Moorgebieten soll unterbunden werden; weitere Abbaugenehmigungen werden nicht erteilt. Die Landkreise Celle und Heidekreis sind die militärisch am stärksten belasteten Regionen in Deutschland. Seit bald 80 Jahren gefährdet der Lärm des Truppenübungsplatzes Bergen die Gesundheit der Anlieger:innen und vertreibt die Tourist:innen. Wir unterstützen die Idee, das Gelände in ein *Biosphärenreservat* umzuwandeln.

Wälder sind nicht nur Lebensraum unzähliger Arten, sie sind auch unser wichtigster CO<sub>2</sub>-Speicher. Doch der Waldzustandsbericht zeichnet ein alarmierendes Bild von Niedersachsens Wäldern. Je nach Art lassen bis zu 90 % der Bäume Schäden erkennen. Wir halten es für dringend geboten, die Forstwirtschaft noch nachhaltiger zu gestalten. Ziel muss es sein, den Anteil der Mischbestockungen anzuheben, um die Wälder resistenter zu machen und die Risiken durch Schädlinge und klimatische Einflüsse gering zu halten. Zudem gilt es, eine höhere Schichtigkeit zu erreichen. Dazu ist der Holzschlag drastisch zu verringern. Dem Schutz der Biodiversität unserer Wälder ist gegenüber den Holzwirtschaftszielen absoluter Vorrang einzuräumen.

### **Landwirtschaft neu denken – Niedersachsens Beitrag zur Agrarwende**

Niedersachsen ist das Zentrum der deutschen Massentierhaltung. Rund 50 % der Masthühner sowie ein Drittel der deutschen Schweine werden in niedersächsischen Betrieben gehalten. Immer wieder kommen massive Tierrechtsverstöße ans Licht der Öffentlichkeit. Die sind mitunter derart grausam, dass sie sich nicht mehr beschreiben lassen. Außerdem kommt es alljährlich zu Stallbränden, bei denen oft Hunderte oder gar Tausende von Tieren bei lebendigem Leid verbrennen. Und bricht eine Seuche aus, werden Notkeulungen vorgenommen – ein präventives Massentöten gesunder Tiere.

Verbunden ist die Massentierhaltung mit gravierenden Umweltproblemen. Boden- und Wasserversauerung bedrohen das Leben von Bäumen, anderen Pflanzen und zahlreichen Tieren. Aber auch Menschen, speziell Kinder, sind durch die Nitratanreicherungen im Grundwasser gefährdet. Und durch den Einsatz von Antibiotika werden immer wieder hochproblematische Resistenzen hervorgerufen. Die Energiebilanz der Fleischproduktion ist verheerend.



Mindestens 15 % der Treibhausgasemissionen stammen von der industriellen Massentierhaltung. Und darin ist der Energieverbrauch für den Fleischexport noch nicht einmal eingerechnet. Gerade Niedersachsen produziert Fleisch aber vorwiegend für den Export – insbesondere nach China.

Es wird allerhöchste Zeit, endlich das Ende der Massentierhaltung einzuläuten! Die Mast- und Tötungsfabriken gehören schnellstmöglich abgeschafft; tierquälerische Haltungsformen sind unter Strafe zu stellen. Es müssen Emissionsabgaben für landwirtschaftliche Betriebe je nach Größe des Tierbestands eingeführt werden. Zudem fordern wir ein Verbot von Werbung und eine Kennzeichnungspflicht mit Warnhinweisen/Abschreckungsabbildungen für Fleisch, Wurst, Fisch, Eier und Milchprodukte.

Die Ausbringung von Gülle und die damit verbundene Grundwasserbelastung muss drastisch reduziert werden. Die Obergrenzen müssen hierbei streng kontrolliert und Verstöße hart sanktioniert werden. Des Weiteren ist auch ein Export- und Importverbot von Gülle und anderen tierischen Fäkalien notwendig, um zu verhindern, dass die Gülle-Problematik lediglich von einem Land in das nächste verlagert wird.

Wir werden alles daransetzen, um die niedersächsischen Bauern bei der Umstellung auf eine biovegane, klima- und insektenfreundliche Landwirtschaft großzügig finanziell zu unterstützen. Bäuerinnen und Bauern leisten eine unverzichtbare und oftmals harte Arbeit – dafür verdienen sie die Wertschätzung der Gesellschaft. Auch Produktionsstätten von kultiviertem Fleisch sollen subventioniert werden, sofern sie Tieren keinen Schaden zufügen. Regionales Direktmarketing ist zu unterstützen.

### **Nachhaltiger leben – Kreislaufmodelle fördern**

Verpackungsmüll muss dringend deutlich reduziert werden. Unverpackt-Lösungen müssen endlich auch in die Supermärkte einziehen. Wo das nicht möglich ist, sollten mittelfristig nach dem ‚good food loop-Konzept‘ Pfandsysteme für diverse Umverpackungen eingeführt werden.

Millionen Tonnen *Lebensmittel* werden jährlich weggeworfen. Hier besteht enormer Handlungsbedarf. Niedersachsen muss sein Initiativrecht nutzen und entsprechende Gesetzesvorschläge einbringen, die das Wegwerfen von

brauchbarem Essen verbieten. Lebensmittelhändler sollten zudem mit einer Entsorgungssteuer für weggeworfene Lebensmittel belegt werden.

Wir treten dafür ein, das Containern zu legalisieren. Es nützt bedürftigen Menschen und ist zugleich ein klares Zeichen gegen die Wegwerfgesellschaft. Auch Möglichkeiten der Lebensmittel-Spende sollten erleichtert werden. Hierzu ist eine Überarbeitung des Haftungsrechts notwendig.

## TIER

### **Sofortiges Verbot von grausamen Tiertransporten aus Niedersachsen in Drittländer**

Unser Ziel ist es, alle aus ökonomischen Gründen stattfindenden Tiertransporte, ob ins In- oder ins Ausland, gänzlich zu verbieten. Wir sind uns aber im Klaren darüber, dass dieses Ziel kurzfristig unerreichbar sein wird. Was aber unbedingt bereits kurzfristig umgesetzt werden muss: ein Exportverbot lebender Tiere in solche Länder, die erhebliche Zweifel aufkommen lassen, ob sie die deutschen Tierschutzstandards beim Transport durchgehend bis zum Zielort der Tiere sicherstellen können (etwa weil keine belegbaren Versorgungsmöglichkeiten bestehen). Hier hat das Land Niedersachsen in Anlehnung an das bayerische Modell eine *Länderliste* zu erstellen, deren Einhaltung streng überwacht werden muss. Auch die Haltungs- und Schlachtbedingungen sowie sich häufende Tierschutzverstöße sollen dabei berücksichtigt werden. Darüber hinaus ist auf eine bundeseinheitliche Regelung von Tiertransporten zu dringen.

Der Transport von trächtigen Tieren ist zu untersagen – nicht erst im letzten Zehntel der *Trächtigkeit*, sondern *mindestens* ab dem zweiten Trächtigkeitsdrittel. Eine Schlachtung trächtiger Tiere ist ausnahmslos zu verbieten. Der Tierhalter hat gegenüber dem Transportunternehmen und der Schlachtstätte zu vergewissern, dass keine Trächtigkeit vorliegt. Im Zweifel muss ein Veterinär herangezogen werden.

## **Mehr Kontrolle in Tierhaltungs- und Zuchtbetrieben, Schlachtereien, Versuchslaboren sowie Tierkörperbeseitigungsanlagen**

Immer wieder wird über gravierende Tierschutzverstöße in landwirtschaftlichen *Tierhaltungsbetrieben* berichtet. Aufgedeckt werden solche Verstöße häufig durch Tierrechtsaktivisten, die diese Vergehen in Bildern und Videos dokumentieren. Leider drohen den Aktivisten oft schwerwiegendere Sanktionen als den Haltungsbetrieben. An dieser haarsträubenden Situation muss sich etwas ändern! Die niedersächsischen Behörden sind gesetzlich verpflichtet, Kontrollen durchzuführen. Diese müssen ohne Vorankündigung erfolgen, und es ist ausreichend qualifiziertes und erfahrenes Personal dafür bereitzustellen. Erschreckenderweise erfolgen die Kontrollen in den 95.000 niedersächsischen Nutztierbetriebe aber nur durchschnittlich alle 19 Jahre. Auf solche Art können Tierschutzgesetze sicher nicht umgesetzt werden!

Auch die meisten der 320 niedersächsischen *Schlachtbetriebe* nehmen es mit dem Tierschutz nicht so genau. So werden Schweine häufig nicht ausreichend betäubt und erleben den ersten Teil ihrer Schlachtung bewusst mit. Insgesamt erleiden Tiere in den Schlachthöfen unvorstellbare Schmerzen. Sie werden bei vollem Bewusstsein in kochendes Wasser geworfen, erleben mehrfach, wie sie ein Bolzenschuss trifft, erleiden Erstickungsängste bei einer zu langsamen Betäubung mit Gas und ihr Hals wird mitunter noch im Wachzustand aufgeschnitten. Sie haben panische Angst, riechen und sehen die Schlachtung ihrer Artgenossen und versuchen zu fliehen.

Wir meinen: Solche Zustände darf es in einem zivilisierten Land nicht geben! Solange eine Abschaffung der industriellen Haltung und Schlachtung von Tieren noch nicht durchsetzbar ist, muss wenigstens dafür gesorgt werden, dass die Tiere schmerzfrei und einigermaßen angstfrei in ihren Tod gehen.

Tiere aus der Tierindustrie, die nicht erst im Schlachthaus, sondern bereits in den Ställen sterben – oft an den Folgen von Stress und Krankheiten –, landen in *Tierkörperbeseitigungsanlagen*. Auslöser für ihren Tod sind häufig katastrophale Haltungsbedingungen in Kombination mit systematischer Qualzucht für die Produktion von immer mehr Fleisch, Eiern und Milch. Untersuchungen von Tierärzten bestätigen, dass mehr als die Hälfte der Tiere einen qualvollen Tod sterben und viele bei ihrer Verbringung in die Tierkörperbeseitigungsanlagen sogar noch leben.

Systematische Kontrollen an toten Tieren, die in Tierkörperbeseitigungsanlagen entsorgt werden, sind in Niedersachsen per Gesetz nicht vorgesehen. Landwirt:innen müssen auch nach wie vor keine Angaben zur Todesursache der Tiere machen. Hier besteht ein Loch in der Gesetzgebung, dass dringend geschlossen werden muss.

Nachdem im Jahr 2019 eklatante Tierschutzverstöße des *Versuchslabors* LPT im Landkreis Harburg bekannt geworden sind, sprach sich der Landtag zumindest in diesem Segment für mehr und bessere Kontrollen aus. Richtig wäre es aus unserer Sicht jedoch gewesen, diesem Labor die Betriebserlaubnis sofort zu entziehen und insgesamt den Strafraumen für einen derart grausamen Umgang mit Tieren zu erweitern.

Mit Nachdruck fordern wir den Ausstieg aus Tierversuchen, bei denen viel zu viele Tiere völlig unnötigerweise gequält und getötet werden, und die gleichzeitige Förderung von tierversuchsfreien Forschungsmethoden.

### **Clean Meat und zelluläre Landwirtschaft regional voranbringen**

Der Konsum von natürlichem Fleisch muss aus ethischen und aus ökologischen Gründen so schnell wie möglich beendet werden. Uns ist bewusst, dass der Apell zu Veganismus viele Menschen nicht erreicht. Ihnen bietet *kultiviertes Fleisch* (Clean Meat) eine sinnvolle Alternative. Kultiviertes Fleisch ist das Ergebnis von Gewebezüchtung mit dem Ziel, Fleisch zum menschlichen Verzehr im industriellen Maßstab synthetisch herzustellen. Die Ausgangszellen können aus dem jeweiligen Tier ohne Tötung schmerzfrei via Biopsie entnommen werden. Eine einzige Biopsie reicht dabei für mehr als 1000 Kilogramm Fleisch. Auf fötales Rinderserum wird inzwischen komplett verzichtet.

Durch Präzisionsfermentation lassen sich auch Eier und Milch herstellen. Bestimmte Hefen werden genetisch so manipuliert, dass sie Milchproteine produzieren, die dann auch Grundlage aller bekannten Käsesorten sein können. Produkte aus der zellulären Landwirtschaft sind wesentlich ressourcenschonender und gesünder als konventionelle tierische Produkte. Vor allem aber vermeiden sie unsägliches Tierleid.

Wir wollen die zelluläre Landwirtschaft breit fördern und regional verankern. Ideal wäre, wenn sie neben der bio-veganen Landwirtschaft zukünftig die ländlichen Räume bestimmen.

## **Unterstützung von Tierheimen, Gnadenhöfen, Wildtierauffangstationen**

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern bekommen Tierheime und Gnadenhöfe in Niedersachsen regulär keine Landeszuschüsse, sondern finanzieren sich vor allem aus Nachlässen und Spenden. Das ist ein Skandal, denn selbstverständlich handelt es sich um eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe. Wir fordern dringend, einen festen Haushaltsposten für Tierheime einzurichten. Eine ganz andere Aufgabe als Tierheime haben Wildtierauffangstationen. Sie kümmern sich um solche Wildtiere, die insbesondere durch menschliche Eingriffe in die Natur zu Schaden gekommen sind. Für diese Einrichtungen besteht prinzipiell eine Fördermöglichkeit aus Landesmitteln, die an ihren tatsächlichen Bedarf anzupassen ist.

## **Die ‚Hobbyjagd‘ in Niedersachsen verbieten**

Schüsse im Wald bedeuten oft schwer verletzte Tiere, die mitunter tagelang leiden müssen, bevor sie ihre Augen für immer schließen dürfen. Opfer sind nicht nur Hunderttausende Füchse, Rehe, Hasen und Wildschweine, sondern auch Hunde und Katzen. Im Namen des Naturschutzes sterben jährlich rund 40.000 Hunde und an die 300.000 Katzen durch die Hand eines Hobbyjägers oder einer Hobbyjägerin. Trotz Alternativen ist die ‚Entnahme‘ (gemeint ist das Töten) von Hunden und Hauskatzen im Rahmen des ‚Jagdschutzes‘ nach § 23 Bundesjagdgesetz tatsächlich erlaubt. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt dies ab. Der gemeinschaftliche Aufschrei nach einem gänzlichen Verbot der Jagd ist allerdings noch nicht vernehmbar – auch aufgrund vieler Fehlinformationen rund um dieses Thema.

Im Land Niedersachsen braucht es umfassende Aufklärung, um die Jagd endgültig zu entmystifizieren und klarzustellen: Es handelt sich um ein düsteres Hobby und keinesfalls um notwendigen Natur- und Artenschutz.

Fakt ist: Die Wildpopulation wird künstlich von Hobbyjäger:innen gefördert, anstatt reguliert, denn das wahllose ‚Entnehmen‘ von Tieren bedeutet unkontrolliertes Vermehren, weil sich keine gesunde Rudel- und Schwarmstruktur mehr entwickeln kann.

Die Jagd schützt uns auch nicht vor Krankheiten wie Borreliose, Tollwut oder Fuchsbandwurmbefall. Diese werden nicht durch das Bejagen bestimmter Tierarten bekämpft, sondern durch das flächendeckende Impfen dieser Tiere mithilfe von präparierten Ködern.

Was zudem oft vergessen wird: Auch für Menschen stellt die Jagd eine direkte Gefahr dar, denn alljährlich sterben allein in Deutschland bis zu 40 Personen und um 800 erleiden Verletzungen.

Ein Beispiel für ein funktionierendes System ohne Hobbyjagd ist im Kanton Genf zu finden, wo seit 40 Jahren ein Hobbyjagdverbot besteht. Zu beobachten ist, dass sich die Natur weitgehend selbst reguliert. Lediglich hinsichtlich der Wildschweinepopulation wird eine künstliche Regulation vorgenommen, jedoch erst nach intensiver Beobachtung des territorialen Verhaltens der Tiere durch geschulte Wildhüter. Mit dieser sinnvollen Methodik ist die Schwarzwildpopulation in Genf im Gleichgewicht.

Niedersachsen hingegen klagt über eine nicht zu stoppende Population, obwohl mehr als 50.000 Wildschweine jährlich ‚entnommen‘ werden.

Wir fordern für Niedersachsen ein sofortiges Verbot der sogenannten ‚Hobbyjagd‘. Dies ist die einzig logische Konsequenz, die wir nach Jahren zügelloser Jagdausflüge von selbsternannten ‚Naturschützer:innen‘ ziehen müssen.

### **Keine Auftrittserlaubnis für Tierdarbietungen in Niedersachsen**

Seit Jahrhunderten werden Wildtiere wie Tiger und Löwen, Affen und Elefanten im Zirkus zur menschlichen Unterhaltung missbraucht. Sie werden angekettet, in engen Käfigen gehalten, mit Peitschen drangsaliert. In den letzten Jahren hat endlich ein Umdenken eingesetzt. Einige Länder haben bereits Wildtierverbote verfügt. Doch auch domestizierte Tiere leiden unter Dressur und Zur-Schau-Stellung. Daher machen wir uns stark für ein generelles Verbot von Tierdarbietungen in Zirkussen.

Auch das Pony-Reiten auf Jahrmärkten muss verboten werden, denn das ewige Im-Kreis-Laufen und ungeübte Reiter sind für die Tiere eine Zumutung. Zudem sind sie ebenso wie Zirkustiere von einem ständigen Wechsel der Auftrittsorte und langen Transportfahrten betroffen.

Auch zoologische Gärten lehnen wir prinzipiell ab, weil sie keine artgerechten Lebensbedingungen bieten können. Zwar wissen wir, dass eine Abschaffung von Zoos kein kurzfristiges Projekt ist, werden aber darauf dringen, dass die Haltungs- und Auslaufbedingungen wesentlich besser an die natürlichen Lebensumfelder der Tiere angeglichen werden.

## **Impressum:**

PARTEI MEINSCH UMWELT TIERSCHUTZ—Tierschutzpartei

Landesverband Niedersachsen

Vorsitzende: Susanne Berghoff

Anschrift: Schützenstr. 18 27624 Geestland-Großenhain

Telefon: 04765/4443756

E-Mail: [niedersachsen@tierschutzpartei.de](mailto:niedersachsen@tierschutzpartei.de)

Redaktion: Dr. Marcel Krohn

